

DIE LANDAUER AKADEMIEGESPRÄCHE

LANDAUER

Die Landauer Akademiegespräche sind eine vom Frank-Loeb-Institut an der Universität Koblenz-Landau, der Evangelischen Akademie der Pfalz und der Stadt Landau verantwortete Veranstaltungsreihe. Sie nehmen die Tradition der Landauer Gespräche auf. Im Mittelpunkt stehen Fragen, die für die Grundorientierung eines freiheitlichen Gemeinwesens von zentraler Bedeutung sind. Als Gäste eingeladen werden nicht nur renommierte Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft, sondern auch Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Justiz.

Der Eintritt ist frei. Es finden im Rahmen der Veranstaltung Bild- und Tonaufnahmen statt. Die Zugangsdaten zu digitalen Veranstaltungen erhalten Sie nach erfolgter Anmeldung unter info@eapfalz.de. Auch für Präsenzveranstaltungen bitten wir um eine vorherige Anmeldung, damit wir den geltenden Infektionsschutzbestimmungen Rechnung tragen können.

ORGANISATION UND INFORMATION

AKADEMIE

Mehr Informationen:

Prof. Dr. Siegmund Schmidt
Wissenschaftlicher Direktor
Frank-Loeb-Institut an der Universität Koblenz-Landau
Kaufhausgasse 9 | 76829 Landau
www.frank-loeb-institut.de

Dr. Christoph Picker
Akademiedirektor
Evangelische Akademie der Pfalz
Luitpoldstraße 10 | 76829 Landau
0 63 41/9 68 90 30
info@eapfalz.de | www.eapfalz.de

www.frank-loeb-institut.de | www.eapfalz.de | www.landau.de



VERANSTALTUNGORT UND FÖRDERER

GESPRÄCHE



Veranstaltungsort
Altes Kaufhaus Landau
Am Rathausplatz
Einlass ab 18:30 Uhr

Die Landauer Akademiegespräche werden gefördert durch:

SPARKASSENSTIFTUNG SÜDLICHE WEINSTRASSE
WINZER »FÜNF FREUNDE AUS DER SÜDPFALZ«

AUF LEBEN UND TOD -
EXTREMFÄLLE DER POLITIK

SOMMERSEMESTER
2022

DONNERSTAG

13.01.2022

TERMIN FOLGT

SOMMERSEMESTER 2022

DONNERSTAG

05.05.2022

TERMIN FOLGT

SOMMERSEMESTER 2022

»LEBEN SCHÜTZEN UM JEDEN PREIS?«
ERFAHRUNGEN IN DER PANDEMIE

»STERBEN FÜR DEUTSCHLAND?«
BETEILIGUNG AN MILITÄREINSÄTZEN

»BEIM STERBEN HELFEN?«
STERBEBEGLEITUNG UND
ASSISTIERTER SUIZID

»TÖDLICHE GRENZEN?«
FLÜCHTLINGS- UND MIGRATIONSPOLITIK

Herbert Mertin
Justizminister des Landes Rheinland-Pfalz

Prof. Dr. Christian Bermes
Philosoph, Universität Koblenz-Landau

digital | 19 Uhr

Dr. habil. Charlotte Dany
Politikwissenschaftlerin, Geschäftsführerin der Friedensakademie
Rheinland-Pfalz der Universität Koblenz-Landau

Jan Kuebart
Amtschef Luftfahrt der Bundeswehr in Köln

Altes Kaufhaus Landau | 19 Uhr

Prof. Dr. Wolfram Henn
Humangenetiker und Medizinethiker, Universität des Saarlandes
Mitglied des Deutschen Ethikrates

Dr. Petra Sitte MdB
Parlamentarische Gschäftsführerin der Fraktion Die Linke

Altes Kaufhaus Landau | 19 Uhr

N. N.

N. N.

Altes Kaufhaus Landau | 19 Uhr

Covid-19 hat die Welt nach wie vor fest im Griff – insbesondere die Länder, in denen trotz ausreichend verfügbarer Mengen an Impfstoffdosen viele Menschen ungeimpft bleiben. Entscheidungen über Infektionsschutzmaßnahmen sind im ernstesten Sinne des Wortes Entscheidungen über Leben und Tod. Sie sind aber auch Entscheidungen über Freiheitsrechte, Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen, Gendergerechtigkeit, Begleitung von Kranken und Sterbenden und vieles mehr.

Am Anfang der Pandemie war oft zu hören, dass wir alles tun müssen, um Menschenleben zu schützen. Der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat das in einem Interview kritisch kommentiert: »Wenn ich höre, alles andere habe vor dem Schutz von Leben zurückzutreten, dann muss ich sagen: Das ist in dieser Absolutheit nicht richtig. Wenn es überhaupt einen absoluten Wert in unserem Grundgesetz gibt, dann ist das die Würde des Menschen. Die ist unantastbar. Aber sie schließt nicht aus, dass wir sterben müssen.« Dürfen wir abwägen? Welche Prinzipien sind unabdingbar? Und hat die Einsicht in die Sterblichkeit des Menschen Auswirkung auf unsere Entscheidungen?

Internationale Einsätze von Bundeswehr und Polizei gehören inzwischen auch in Deutschland zum Instrumentarium der Krisenbewältigung. Bündnispartner nehmen Deutschland in die Pflicht. Das Bewusstsein für globale Zusammenhänge wächst. Sprichwörtlich wurde die Formulierung des damaligen deutschen Verteidigungsministers Peter Struck aus dem Jahr 2004:
»Unsere Sicherheit wird auch am Hindukusch verteidigt.«

Der Anspruch Deutschlands, eine auf Interessenausgleich, Diplomatie und die Wahrung humanitärer Grundsätze bedachte Friedensmacht zu sein, wirft Fragen auf. Wie lässt es sich politisch und moralisch rechtfertigen, dass bei Militäreinsätzen wissentlich Menschenleben aufs Spiel gesetzt werden? Unter welchen Voraussetzungen und um welcher Ziele willen dürfen Verantwortungsträger*innen in Politik und Militär den Tod von Menschen in Kauf nehmen? Rettet es Menschenleben, wenn wir die Spielräume ziviler Konfliktbewältigung und präventiver Friedensarbeit erweitern? Vor dem Hintergrund des Afghanistan-Debakels gewinnen solche Fragen an Dringlichkeit.

Über würdevolles Sterben und Selbstbestimmung am Lebensende wird seit langem kontrovers diskutiert. Ist es moralisch legitim, seinem Leben selbst ein Ende zu setzen? Sollte es ein Recht darauf geben, dafür die Hilfe anderer in Anspruch zu nehmen? Welche Voraussetzungen müssten gegeben sein? Umstritten ist vor allem die Frage, ob Ärzte und Sterbehilfevereine unter bestimmten Voraussetzungen Unterstützung beim Suizid anbieten dürfen.

Ein gesetzliches Verbot der »geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung« wurde im Februar 2020 vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. Der neue Bundestag steht vor der Aufgabe einer Neuregelung. Der Wunsch, zu sterben, kann unterschiedliche Gründe haben: Angst vor unnötigem Leiden und dem Verlust der eigenen Würde; die Sorge, anderen zur Last zu fallen; psychische Erkrankungen. Missbrauch, etwa eine Ökonomisierung des Sterbens, sollte verhindert werden. Die Alternativen einer guten palliativmedizinischen Versorgung und hospizlicher Begleitung sind bei der Urteilsbildung genauso zu berücksichtigen wie die Freiheit des Einzelnen.

Der Druck auf Europas Grenzen wächst. Bilder von Flüchtlingslagern als Dauereinrichtung in Griechenland, von Rettungsaktionen, von Ertrinkenden im Mittelmeer sowie von verzweifelten Menschen an den Grenzen der baltischen Staaten und Polens werden zur Nachrichtenroutine. Weitgehend unsichtbar bleiben die Brutalitäten auf den Fluchtrouten sowie in den Flüchtlingslagern im Mittleren Osten, in der Sahel-Zone und in Libyen.

Während Menschen an den Grenzen sterben, schottet sich Europa ab, errichtet Grenzzäune und entwickelt immer raffiniertere Methoden der Grenzsicherung – nicht gegen militärische Gegner, sondern gegen Flüchtlinge und Migrant*innen. Ziel ist es, unkontrollierte Migration zu verhindern. Dürfen wir es, um dieses Zieles Willen in Kauf nehmen, dass Menschen sterben oder fundamentaler Rechte beraubt werden? Gibt es Alternativen zur derzeitigen Flüchtlings- und Migrationspolitik? Wie lässt sich humanitäre Verantwortung mit einer nachhaltigen Strategie verbinden, die sowohl den Rechten von Flüchtlingen als auch den Interessen Europas Rechnung trägt?